

Haushaltsrede Frank Eschrich,

Stadtratsfraktion DIE LINKE, 25. Januar 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, gegen die kommunale Selbstverwaltung wird nunmehr seit Jahrzehnten massiv verstoßen worden. Pirmasens sitzt zusammen mit hunderten von Kommunen in der

Schuldenfalle. Die Liquidität, um die laufenden Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen, Entgelte zu zahlen, in hohem Maße bundes- und landesgesetzlichen Verpflichtungen etwa bei den Sozialausgaben nach zu kommen - kann hier und anderswo nur noch über ausufernde Kassenkredite hergestellt werden. Die Haushaltsnotlage steht drohend am Horizont und ist nur deshalb noch nicht eingetreten, weil glückliche Umstände bisher für billige Kredite gesorgt haben. Dieses Glück sollte allerdings nicht überstrapaziert werden.

"Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.", sagte der berühmte Wirtschaftswissenschaftler Keynes. Es ist also nicht davon auszugehen, dass die trügerische Sicherheit günstiger Kassenkredite auf ewig anhalten wird.

Die Haushaltsmisere von Pirmasens und so vieler weiterer Kommunen ist zuallererst Ausdruck der kommunalfeindlichen Politik aller Bundesregierungen und Landesregierungen der letzten Jahrzehnte, unabhängig von ihrer Farbkomposition. Diese Politik hat die kommunale Selbstverwaltung massiv und strukturell geschwächt und schwächt sie weiter. Es kann deshalb nicht oft genug wiederholt und bei jeder Gelegenheit gesagt werden: Wir brauchen eine grundlegende kommunale Finanzreform mit einem strikten Konnexitätsprinzip. „Wer bestellt, bezahlt“ muss gelten, ohne Wenn und Aber. Es kann nicht länger angehen, dass Bund und Länder skrupellos Aufgaben auf die Kommunen abwälzen und gleichzeitig Bedarfszuweisungen streichen oder kürzen. Dies ist die eigentliche Ursache für die Haushaltsmisere in Pirmasens und anderswo.

Für hochverschuldete Kommunen in Regionen mit einem tiefgreifenden Strukturwandel muss daher ein Entschuldungsfonds eingerichtet werden. Zudem muss die Einnahmenseite der Kommunen deutlich gestärkt werden. Die Bemessungsbasis der Gewerbesteuer soll durch Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren deutlich verbreitert und damit zugleich deren derzeit hohe Konjunkturabhängigkeit eingeschränkt werden. Die Steuerpflicht muss auf Freiberufler - wie Ärzte, Anwälte, Architekten - ausgedehnt werden.

Dieser Personenkreis soll die neue Steuerlast aber mit der Einkommensteuer verrechnen können. Im Gegenzug können die Steuersätze für die Gewerbesteuer gesenkt werden, wovon vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sowie Handwerksbetriebe profitieren. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten für Verlustvor- und nachträge bei der Gewerbesteuer zeitlich und der Höhe nach deutlich begrenzt werden.

Eine kommunale Finanzreform kann jedoch nur tragen, wenn die Anteile an den Gemeinschaftssteuern neu geordnet werden. Der kommunale Anteil soll nicht mehr überwiegend nach der sehr unterschiedlichen Wirtschaftskraft der Kommunen, sondern ausschließlich nach Einwohnerzahlen verteilt werden. Ziel ist, dass gerade auch die finanzschwächeren Kommunen stetig und deutlich mehr Geld bekommen. Dazu soll der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer auf 20 Prozent erhöht, im Gegenzug jedoch die Beteiligung der Kommunen an der Einkommensteuer gestrichen werden. Ohne Finanzreform droht in wenigen Jahren der Haushaltsnotstand mit allen sich daraus entwickelnden Konsequenzen – auch in Pirmasens.

Leider macht auch die neue Bundesregierung das genaue Gegenteil. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die bereits beschlossene Kürzung des Bundesanteils bei den Kosten der Unterkunft. Alleine dieser Schritt schafft eine weitere Finanzlücke von 2,5 Milliarden Euro für die Kommunen. Städte wie Pirmasens mit hoher Arbeitslosigkeit sind davon natürlich besonders betroffen. Die Wirtschaftskrise wird uns erneut Dialektik einpauken, ob wir wollen oder nicht. Es wurde deutlich, wie eng die globale Verflechtung ist, wie sehr auch die Finanzlage der Kommunen in größere Zusammenhänge eingebettet ist, die wir in keiner Weise kontrollieren. Deswegen können wir uns in der Haushaltsberatung auch nicht nur auf die örtliche Sicht beschränken, - die gibt es so nicht und unsere Probleme sind mit kommunalen Anstrengungen alleine nicht mehr zu lösen. Wer das nicht sehen will, der will perspektivlos weiter machen, in der vagen Hoffnung, dass der Orkan sich legt, um dann so weiter zu wursteln wie bisher. Das wird nicht funktionieren und wäre auch politisch völlig verantwortungslos.

Staat und Gesellschaft wurden im neoliberalen Wahn den Marktmechanismen schutzlos ausgesetzt. Dass sich Leistung lohnen soll, bezieht sich im Kasinokapitalismus allerdings nur auf wenige Auserwählte. Leistungsträger aus Sicht der neoliberalen Glaubensgemeinschaft sind nicht die Arbeitnehmer mit 40-Stunden-Woche und auch nicht die kleinen Unternehmer, die selbst mit der doppelten Arbeitszeit kaum ihr Überleben und das ihrer Arbeiterinnen und Arbeiter sichern können. Sie gehören zu den Verlierern der Wirtschaftskrise und werden auch so behandelt. Denn nur Gewinne und Gewinner entsprechen dem neoliberalen Leistungsgedanken. Im Gegensatz dazu wird die Lebensleistung von arbeitslosen und bedürftigen Menschen in unserer Stadtgesellschaft auch im Haushalt 2010 negiert. Denn für freiwillige Leistungen der Stadt

Pirmasens, die das Schicksal dieser Menschen erleichtern und ihnen das Gefühl, ein vollwertiges Mitglied dieser Gesellschaft zu sein, vermitteln könnten, steht kein Geld zur Verfügung. Der soziale Brennpunkt Pirmasens will auch im nächsten Jahr ohne Sozialpass und Sozialticket auskommen, die längst zum sozialpolitischen Standard vieler Kommunen gehören, ganz gleich, welche Parteien dort das Sagen haben. Dies ist für Pirmasens schon beschämend genug. Noch beschämender allerdings waren die Debatten im Stadtrat, um die Anträge der LINKEN abzuschmettern. Alle Parteien rechts von der SPD argumentierten auf ein und dieselbe Weise, als sei es eine Bestrafung für Verdienende und Besserverdienende, wenn man denen, die aus welchem Grund auch immer, nicht ihren Lebensunterhalt mit eigener Hände Arbeit verdienen können, nun mit den bescheidenen Mitteln der Kommunalpolitik unter die Arme greift.

Meine sehr geehrten Damen und Herren: Ich möchte Sie an das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und die soziale Verpflichtung des Eigentums erinnern. Gleichzeitig möchte ich Ihnen zurufen, dass die Arbeitslosen und Armen in Pirmasens es nicht mehr länger hinnehmen wollen, als nicht benötigte Wirtschaftsressource und gesellschaftliche Last empfunden zu werden. Treiben Sie nicht länger Keile zwischen Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitsplatzlose, zwischen Bedürftige und Wohlhabende, sondern tragen Sie dazu bei, die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Der Mensch muss Mensch bleiben. Menschsein ist ein Wert an sich, es gibt also keine weniger oder mehr wertvollen Menschen. Ich denke, diese humanistische Grundüberzeugung wird bis auf wenige Ausnahmen von allen Mitgliedern dieses Stadtrates getragen.

Meine Damen und Herren, wir erleben mit einer gewissen Genugtuung die Wiederentdeckung des Öffentlichen, der lenkenden Hand von Politik und Staat im Wirtschaftsleben. Das Primat der Politik wurde wieder entdeckt. Die Propagandisten des Neoliberalismus haben in ihrer Erklärungsnot über Nacht umgestellt und behaupten das Gegenteil von dem, was gestern noch als Sünde wider den freien Markt und als Sozialismus verteufelt wurde. Doch lassen wir uns nicht täuschen. Dieser Opportunismus dient nur dazu, die Öffentlichkeit zu beruhigen, den GAU des Marktradikalismus zu vertuschen, die Stütze für Pleitebanken, Mega-Zocker und interessierte Konzerne zu rechtfertigen und wieder „mehr Kapitalismus zu wagen“, wie Anlageberater und Spekulationsfreund Friedrich Merz empfohlen hat.

Die Haushaltssituation in Pirmasens erlaubt in der Gesamtbetrachtung keinerlei Spielräume. Die Bandbreite für freiwillige Leistungen der Kommune tendiert gegen Null. Für Kommunalhaushalte gilt das Primat der Politik, also die freie Entscheidung, wofür die Stadt Geld ausgeben will und wofür nicht, deshalb in keiner Weise. Insofern ist der Haushaltsentwurf 2010 weder schlechter, noch besser als jede andere Haushaltsplanung in jeder anderen beliebigen Kommune, der das Wasser am Halse steht. Die Verschuldung der Stadt wird auch im neuen Haushaltsjahr weiter steigen.

Dabei ist es unerheblich, dass die Summe der kommunalen Investitionen leicht ansteigt und ohne nominale Neuverschuldung im Haushalt auskommt. Wir alle wissen, dass die Zuschüsse aus den Konjunkturpaketen und alle weiteren Zuschüsse von Land und Bund nicht erwirtschaftet wurden, sondern letztlich genauso kreditfinanziert wie die Sozialausgaben sind. Es ist daher unredlich, auf der einen Seite die kommunalen Investitionen als positive Eigenleistung darzustellen und im gleichen Atemzug die Sozialausgaben der Stadt als Schuldenmacherei zu verteufeln.

Fakt ist, dass die Einnahmen aus der eigenen Wirtschaftskraft – dem Indikator Gewerbesteuer – im kommenden Jahr abnehmen und in der Aufschwungsphase nicht adäquat gestiegen sind. Pirmasens ist weiterhin trauriger Spitzenreiter bei Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und Bevölkerungsschwund in Rheinland-Pfalz. Der wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Niedergang setzt sich ungebremst fort. Wenn es uns im kommenden Jahrzehnt nicht in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte vor Ort und durch die eingangs erwähnten strukturellen Änderungen in der Gemeindefinanzierung gelingt, das Steuer komplett rumzureißen, brauchen wir uns keine Gedanken mehr zu machen. Irgendwann wird Pirmasens den „Point of no return“ überschritten haben.

Um dies zu vermeiden, brauchen wir neue politische Ziele und eine Vorstellung davon, wohin die Reise gehen soll.

Und - meine sehr verehrten Damen und Herren – die Reise kann nicht zurück in die vermeintlich gute alte Zeit der Pirmasenser Schuhindustrie gehen. Dass diese Zeit alles andere als gut war, wäre ein weiteres sitzungsfüllendes Thema. Man kann auch schlechterdings die seit Jahrzehnten anhaltende Massenarbeitslosigkeit in Pirmasens einerseits pseudo-logisch damit erklären, dass früher auch die meisten Pirmasenserinnen wie ihre Männer an den Stepp-Maschinen standen und heute deshalb mehr Arbeitslose wie in anderen Städten vorhanden sind, wo die Beschäftigungsquote der Frauen niedriger war - und andererseits heute noch auf das tote Pferd Schuhindustrie setzen wollen!

Die wirtschaftliche Bedeutung der noch vorhandenen Reste der einstmaligen großen Schuhindustrie ist gering. Von der Schuhindustrie in Pirmasens und der Südwestpfalz gehen nachweislich keine wesentlichen Impulse für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze aus.

Wir begrüßen und unterstützen das Schuhkompetenzzentrum und die Schuhfachschule als Standortfaktoren eines sich behutsam entwickelnden Forschungs- und Bildungsbereichs. In einem sehr übersichtlichen Umfang entstehen dort auch Arbeitsplätze, allerdings eher wenige für die einheimische Bevölkerung. So zu tun, als sei Schuhkompetenz der Motor für Wachstum und Beschäftigung in der Region schlechthin, ist abenteuerlich. Die Entwicklung von Schuhkompetenz alleine bringt keine Schuhproduktion zurück. Aber nur die Neuansiedlung von produzierendem

Gewerbe oder von Betrieben der Dienstleistungsbranche brächte tatsächlich Arbeitsplätze und Geld in die Region. Und damit sieht es weiter düster aus: In Pirmasens ist die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe – dazu gehört auch die Schuhindustrie – von 1996 bis 2006 um mehr als 25 Prozent zurückgegangen, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt ging von 2000 bis 2007 um 6,5 Prozent zurück und bei der Arbeitsproduktivität belegt Pirmasens mit einer minimalen Steigerung von 1,8 Prozent innerhalb von 10 Jahren weit abgeschlagen den letzten Platz der kreisfreien Städte. Im Vergleich dazu konnte Landau im gleichen Zeitraum eine Steigerung der Produktivität um fast 40 Prozent verbuchen. In diesen Werten sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch nicht enthalten. Gespannt erwarten wir also die Neugründungen im marktspezifischen Umfeld der Schuhindustrie, von denen die Beteiligten sprechen. Hier dürfte allerdings der Wunsch Vater des Gedankens sein. Inzwischen wandern die jungen Menschen weiter in Scharen ab, weil glaubwürdige und tragfähige Zukunftsperspektiven nicht entwickelt werden. Wir fordern eine Abkehr von traditionsbewussten Floskeln und stattdessen eine radikale Neuausrichtung der regionalen Wirtschaftspolitik. Wachstumsmöglichkeiten sehen wir insbesondere in der bisher vernachlässigten Tourismusbranche, wollen aber viel grundlegender einen sozial-ökologischen Umbau der gesamten Wirtschaft voran bringen. Die Schaffung von regionalen Wirtschaftskreisläufen für Handwerk und Gewerbe, die in enger Kooperation Synergieeffekte bei Produktion, Vermarktung und Logistik nutzen, sind fortschrittliche Aufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung. Dazu gehören auch die Bereitstellung von Wagniskapital, Existenzgründerzuschüssen und die Beseitigung von Hemmnissen in der Liegenschaftspolitik, der Flächenpolitik sowie bei der Festsetzung von Abgaben und Auflagen. Viel entscheidender ist jedoch die konsequente Entwicklung und Umsetzung von zukunftsfähigen Konzepten. Zu den zukunftsfähigen Branchen für Wachstum und Beschäftigung gehört bestimmt nicht die Schuhindustrie. Sie ist nicht nur in der Südwestpfalz, sondern bundesweit der Globalisierung zum Opfer gefallen. Wir sehen die Zukunft vielmehr im sozial-ökologischen Umbau der gesamten Wirtschaft. Dafür brauchen wir eine konkrete Utopie und nicht die gebetsmühlenartige Wiederholung altbackener Rezepte. Wir wollen Klima- und Umweltschutzkompetenz nach Pirmasens holen, die Nutzung regenerativer Energieformen ausbauen, Photovoltaik auf allen kommunalen Dächern, ein kommunales Investitions- und Beschäftigungsprogramm zur Instandhaltung und energetischen Sanierung für ältere Gebäudebestände auflegen, Gründerzentren für die entsprechenden Technologie- und Produktionsstätten bereit stellen und Handel und Handwerk auf diese zukunftsfähigen Technologien ausrichten, qualifizieren und fördern, um nur einige Stichpunkte zu nennen. Denn Klima, Energie und Umwelt sind die Themen der kommenden 50 Jahre, nicht der Schuh. Im ökologischen Bereich entstehen Nachfrage, Absatzmärkte und neue Arbeitsplätze. Diese neuen Wirtschaftskreisläufe menschlich zu gestalten, für ein existenzsicherndes Einkommen und Absicherung der Lebensrisiken sowie

für Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung zu sorgen, ist die sozialpolitische Aufgabe der Zukunft.“

Frank Eschrich, Vorsitzender Stadtratsfraktion DIE LINKE